

Rote Karte dem Kahlschlag – Sozialstaat verteidigen! Keine Kürzungen bei sozialen Leistungen!

Der Sozialstaat steht unter Beschuss. Arbeitgeber und Teile der Politik fordern Kürzungen bei Rente, Gesundheit und Pflege. Sie behaupten, der Sozialstaat sei „aufgebläht“ und „nicht mehr finanzierbar“. Das ist falsch und gefährlich. Der Sozialstaat ist kein Luxus, sondern das Fundament unserer Demokratie und die beste Idee, die wir je hatten. Die wahren Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft sind unsere Beschäftigten. Unsere Gesellschaft lebt von den Menschen, die Tag für Tag ihre Arbeit machen, Verantwortung übernehmen und Steuern zahlen. Ihre Beiträge in die Sozialversicherungen sind keine Almosen – sie sind mit einem klaren Leistungsanspruch verbunden.

- **Die Menschen wollen einen starken Sozialstaat:** 80 Prozent der Menschen in Deutschland wollen eine verbindliche, automatische soziale Sicherung durch den Staat statt privater Vorsorge. Über 70 Prozent setzen auf öffentliche Sozialversicherungen statt private Versicherungskonzerne. Das zeigt das Sozialstaatsradar 2025 des DGB.
- **Bereitschaft zu höheren Beiträgen für gute Leistungen:** Die Menschen sind bereit, für Sicherheit zu zahlen. 63 Prozent würden höhere Rentenbeiträge akzeptieren, um das Leistungsniveau zu halten. Weitere 12 Prozent würden sogar deutlich höhere Beiträge für bessere Leistungen zahlen – bei den unter 30-Jährigen sind es sogar 23 Prozent.
- **Der Sozialstaat ist nicht aufgebläht:** Die Sozialleistungsquote lag 2024 bei 31,2 Prozent des BIP – ähnlich wie vor zehn Jahren (28,9 Prozent 2015). Die Behauptung, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, ist eine glatte Lüge.
- **Reformen sind nötig – aber an der richtigen Stelle:** Statt Leistungen zu kürzen, muss der Sozialstaat besser werden: einfacher Zugang, schnellere Hilfe, bessere Beratung. Die wahren Probleme liegen nicht bei den Leistungsempfänger*innen, sondern bei fehlenden Investitionen und ungerechter Besteuerung. Die Krankenversicherung muss zu einer Bürgerversicherung entwickelt werden, einem einheitlichen und solidarisch finanzierten System, in das alle Erwerbstätigen einzahlen. Die gesetzliche Rentenversicherung muss langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden.

- **Der Konflikt verläuft nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Arm und Reich:** Robuste Sozialversicherungen sind der Sicherheitsanker für alle Beschäftigten – finanziert durch mehr Tarifbindung sowie eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Erbschaften der Überreichen. Private Vorsorge und Selbstbeteiligung lehnen wir ab – sie sind teurer und für viele schlicht unbezahlbar.
- **Gerechte Finanzierung statt Kürzungen:** Eine Vermögensteuer könnte bis zu 120 Milliarden Euro jährlich einbringen – das 27-fache der geplanten Bürgergeld-Einsparungen. Wer umverteilen will, sollte bei Superreichen ansetzen, nicht bei den Ärmsten.
- **Sozialstaat stärkt Demokratie:** Die Axt an den Sozialstaat anzulegen, gefährdet unsere Demokratie. Wenn sich Vermögen stark auf wenige konzentriert, während ärmere Bevölkerungsschichten von gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Sicherheit ausgeschlossen bleiben, leidet der gesellschaftliche Zusammenhalt. Ausgrenzung und Angst vor sozialem Abstieg machen anfällig für Radikalisierung, Rassismus und Hass.

Der DGB Oberfranken und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern:

- 1. Schluss mit den Angriffen auf unseren Sozialstaat: Keine Kürzungen bei Rente, Gesundheit und Pflege!**
- 2. Unser Sozialstaat ist der Garant für Sicherheit und Wohlstand. Er muss verbessert und zukunftsfest gestaltet werden!**
- 3. Gerechte Finanzierung durch Vermögen- und Erbschaftsteuern für Superreiche!**
- 4. Stärkung der Tarifbindung und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung!**
- 5. Besseren Zugang zu Sozialleistungen: einfacher, schneller, verständlicher!**

Rote Karte dem Kahlschlag: Stehen auch Sie auf der Seite der Beschäftigten und unterstützen Sie uns Gewerkschaften beim Schutz und Ausbau des Sozialstaats!